

Information, runde Tische, Subventionen sowie Gebote und Verbote – dies sind Instrumente, die die öffentliche Hand zur Erreichung ihrer Ziele einsetzt. Der Schweizerische Forstverein nahm seine Debatte vom 6. Juni 2013 zum Anlass, eines dieser Instrumente, nämlich die Subventionen, genauer unter die Lupe zu nehmen.

Andere Geschichte, andere Subventionspolitik

Priska Baur von der Agrofutura AG und designierte Dozentin für Agrarpolitik und Agrarmärkte an der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften ging in ihrem Referat auf die grundsätzlichen Unterschiede der Subventionspolitiken der Bereiche Landwirtschaft und Wald ein. Auslöser für beide Subventionspolitiken sind Krisen gewesen. Die kritische Versorgungslage in den beiden Weltkriegen hat dazu geführt, dass die noch geltende Landwirtschaftspolitik das Ziel verfolgt, die Produktion zu fördern und den Bauernstand zu schützen. Dementsprechend sollen die Subventionen den Bewirtschaftern kostendeckende Preise ermöglichen – mit den Subventionen wird also Einkommenspolitik betrieben. Im Gegensatz dazu führten die Holznot und die Überschwemmungen im Waldbereich zu einer Schutzpolitik, im Rahmen derer die Nutzung begrenzt wurde und die öffentliche Hand Kostenbeiträge an die Bewirtschaftung bezahlt. Dieser unterschiedliche historische Hintergrund vermag auch den Unterschied im Subventionsvolumen – 3.6 Mia. Franken jährlich für die Landwirtschaft, 0.08 Mia. Franken für den Waldbereich – zu erklären.

Das Subventionsgesetz hat zu Beginn der 1990er-Jahre Ordnung in das Subventionswesen gebracht. Subventionen müssen hinreichend begründet, wirtschaftlich und wirkungsvoll sowie einheitlich und gerecht sein. Das Problem sei, betonte Priska Baur, dass sich die Subventionspolitiken der einzelnen Sektoren damit nur formal annähern würden, materiell aber nach wie vor Inkohärenzen beständen. Kohärenz zu erreichen, wenn Macht und Ressourcen ungleich verteilt seien, sei eine Herausforderung. Dennoch ist sie der Ansicht, dass ein Schritt vorwärts gemacht werden solle. Dazu seien aber



Abb 1 Das Podium an der SFV-Debatte. Von links: Samuel Vogel, Priska Baur, Olivier Guex, Patrice Eschmann, Sarah Pearson Perret, Bruno Rösli.

die Bereiche Primärproduktion und Ökosystemleistungen in einem Paket anzugehen.

Agrarpolitik 2014–2017 führt zu Verbesserungen

Samuel Vogel vom Bundesamt für Landwirtschaft führte die Zuhörerinnen und Zuhörer in die Agrarpolitik 2014–2017 ein. Mit dieser werden die derzeitigen allgemeinen Direktzahlungen durch fünf verschiedene Sorten von Direktzahlungen abgelöst. Diese unterstützen nicht mehr nur die Produktion, sondern auch die Erhaltung und Förderung der Ökosystemleistungen. Dieser Umbau wurde nur möglich, weil die Subventionen in ihrer Summe gleich gross geblieben sind. Leider könnten die landwirtschaftlichen Subventionen trotz ihres Ausmasses (>3000 Franken pro Hektare und Jahr) gegen den ökonomischen Druck wenig bis nichts ausrichten, stellte Samuel Vogel klar.

Abstimmung auf Zielebene zentral

Es reicht nicht, die Subventionspolitik auf Kohärenz zu trimmen. Vielmehr müssen die Sektoralpolitiken bereits auf der Zielebene aufeinander abgestimmt sein. Die «Waldpolitik 2020» sei dies, betonte Bruno Rösli von der Abteilung Wald des Bundesamts für Wald (Bafu). Als Beispiel führte er das Ziel «Ausschöpfen des Holznutzungspotenzials» an, welches nicht nur auf die Klima- und Energiepolitik abgestimmt ist, sondern auch auf die Strategie Biodiversität Schweiz. Daneben brauche es auch eine harmonisierte Umsetzung. Dank des Handbuchs zu den Programmvereinbarungen sei diese innerhalb des Fachbereichs Wald weitgehend gegeben. Handlungsbedarf sieht Bruno Rösli im Bereich Wytweiden sowie bei der Walderschliessung und der Bekämpfung von Schadorganismen ausserhalb des Schutzwaldes, wobei für Letztere im Rahmen der laufenden Waldgesetzrevision Verbesserungen vorgesehen sind.

Zuteilung nach klaren Prioritäten nötig

Die Biodiversitätspolitik zeigt trotz Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) enorm viele Schnittstellen, was die Umsetzung derselben zu einer komplexen Angelegenheit macht. Wie Sarah Pearson Perret von der Sektion Arten, Lebensräume und Vernetzung des Bafu erläuterte, werden allein die direkten Subventionen aufgrund von vier verschiedenen Gesetzen gesprochen. Wichtig ist für sie daher, dass die Sektoralpolitiken von Bund und Kantonen auch hinsichtlich Biodiversität gut aufeinander abgestimmt werden, dass die Naturwerte auf kantonaler oder regionaler Ebene erfasst werden und für deren Erhaltung eine kohärente, auf die lokalen Verhältnisse abgestimmte Planung durchgeführt wird. Auch soll die Zuteilung der ohnehin beschränkten finanziellen Mittel nach klaren Prioritäten erfolgen. Gerade in diesem Bereich hätte das Bafu, so Sarah Pearson Perret, Defizite festgestellt, weshalb im Rahmen der Erarbeitung des Aktionsplans Biodiversität die finanziellen Anreize überprüft würden.

Fazit

Im Anschluss an die vier Inputreferate wurde auf dem Podium (Abbildung 1) und zwischen Publikum und Podium eifrig diskutiert. Es zeigte sich, dass die Abstimmung innerhalb und zwischen den Sektoren eine Daueraufgabe ist, bei welcher auch die Details genau angeschaut werden müssen. Wie die Agrarpolitik 2014–2017 zeigt, können Zielkonflikte wie solche zwischen Schutz und Produktion entschärft werden, wenn viel Geld da ist. Eine kohärente Subventionspolitik für das Landwirtschaftsgebiet und den Wald ist aber erst dann möglich, wenn 1) diese die gesamte Primärproduktion wie auch die Ökosystemleistungen umfasst und 2) das Landwirtschaftsland einen so starken Schutz genießt wie der Wald bereits heute. ■

Barbara Allgaier Leuch